



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die erste Woche des neuen Ministeriums in Frankreich.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die erste Woche des neuen Ministeriums in Frankreich.



Das neue Kabinet in Paris hat seine Thätigkeit mit einer Maßregel begonnen, die wir weder für staatsklug noch für billig halten können, sonst aber hat es bis jetzt mehr Glück und Erfolg gehabt als viele seiner zahlreichen Vorgänger. Die angedeutete Maßregel war die Entfernung der orleanistischen Prinzen von den Stellen, die sie in der Armee bekleideten. Durch Dekrete, die vom Kriegsminister General Thibaudin entworfen und von ihm und dem Präsidenten Grévy unterzeichnet waren, wurde der militärischen Laufbahn des Herzogs d'Almale, der als Divisionsgeneral diente, des Herzogs de Chartres, Obersten des zwölften Regiments reitender Jäger, und des Herzogs d'Alençon, Hauptmanns im zwölften Artillerieregiment, plötzlich ein gewaltthames Ende gemacht. Die Dekrete wurden durch einen kurzen Bericht des Kriegsministers begründet, in welchem es hieß:

„Die öffentliche Meinung ist durch die Mißstände erregt worden, die aus dem Verbleiben von Offizieren aus Familien, welche in Frankreich regiert haben, in der Armee entspringen. Es ist in der That richtig, daß die großen Grundsätze militärischer Unterordnung und gleichförmiger Disziplin durch die Truppen, welche von Offizieren befehligt werden, deren Geburt sie in eine Ausnahmestellung versetzt, geschädigt werden könnten. Ich bin daher der Meinung, Herr Präsident, daß Grund vorhanden sei, auf die Offiziere, deren Namen ich folgen lasse, die Gesetze von 1834 und 1875 anzuwenden und sie durch Zurücknahme ihrer Patente in Ruhestand zu versetzen.“

Man erinnert sich hierbei zunächst an die Erfahrung, daß es bei willkürlichen Maßregeln gewöhnlich nicht schwer ist, ein bereits existirendes Gesetz zu entdecken, das auf den Fall zu passen scheint, mögen die Opfer nun Prinzen oder Priester oder sonst etwas bei den Gewalthabern mißliebiger sein. Aber

hier verdient doch bemerkt zu werden, daß auf das Gesetz von 1834 rasch ein ministerielles Rundschreiben folgte, welches erklärte, die Klausel, die sich auf die *mise en non-activité par retrait d'emploi* bezog, solle nur auf solche Offiziere Anwendung finden, welche sich Ungehörigkeiten oder Vernachlässigung der Disziplin zu schulden kommen lassen oder sich unfähig erwiesen hätten, ihre dienstlichen Obliegenheiten zu erfüllen, und nichts von alledem ist den genannten Prinzen vorzuwerfen. Zu der hierin liegenden Unbilligkeit kommt aber noch das entschieden Unlogische, das in der Maßregel liegt. Weil der Prinz Napoleon eine Proklamation erlassen hat, in welcher er eine Republik anklagt und verurteilt, die eingestandenermaßen nach dem Vorbilde einer konstitutionellen Monarchie geschaffen worden ist, treibt die Regierung des Präsidenten Grévy die Prinzen des Hauses Orleans, welche als Vertreter der konstitutionellen Freiheit in Frankreich gelten können, aus den Reihen der französischen Armee. Dazu tritt endlich noch ein drittes. Dem jüngsten Staatsmann, dem unerfahrensten Sachwalter sollte klar sein, daß ein Verschwörer, dessen Treiben von seinen offiziellen Vorgesetzten und Untergebenen überwacht werden kann, weit weniger gefährlich sein wird, als derselbe Mann, wenn er als Privatmann im Lande lebt. Die königlichen Prinzen, denen man ihre Posten entzogen hat, mögen sich unter ihren Kameraden Freunde erworben haben (namentlich der Herzog de Chartres scheint bei seinem Regimente beliebt gewesen zu sein), dennoch werden sie in einer demokratischen Gesellschaft mindestens ebensoviele Neider und Gegner gehabt haben, und es werden in ihrer unmittelbaren Umgebung zahlreiche Aufpuffer gewesen sein, die bereit gewesen wären, jede verdächtige Bewegung der Herren bei der Behörde anzuzeigen. Aber in der ganzen unerfreulichen Angelegenheit hat man die Stimme der Vernunft niemals zu ihrem Rechte kommen sehen, sondern immer nur den Ruf der Beängstigung — ein schlimmes Zeugnis für die Überzeugung der herrschenden Partei von der Festigkeit ihrer Republik! Blicken wir zurück. Prinz Napoleon erläßt sein Manifest. Floquet schlägt Alarm darüber, und die erschrockene Mehrheit der Deputirten folgt ihm wie eine Herde. Der einzige, welcher von der Wirkung des Geschreis: „Der Wolf! Der Wolf!“ profitirt, ist der Prinz Napoleon. Er greift die Republik an, und das Ministerium fällt über den Haufen. Mehrere Wochen bleibt Frankreich ohne Regierung, und die erste Amtshandlung des neuen Kabinetts besteht darin, daß es die von der imperialistischen Partei am bittersten gehaßten Persönlichkeiten ihr aus dem Wege räumt und sich die Freunde der letztern durch einen Willkürakt entfremdet. In der That, das Kabinet Ferry konnte für den Prinzen Plon-Plon kaum viel mehr thun.

Wie die Monarchisten darüber denken, ersehen wir aus dem Figaro, der in jeder Nummer eine Fülle von Spott über den Präsidenten der Republik ausgießt. In einem Artikel der letzten Woche heißt es u. a. von ihm: „Er wartete auf keine Anklage vom Brigadegeneral, auf kein Dokument, keinen Be-

richt vom Korpskommandanten. Thibaudins Ehrenwort [eine schlimme Anspielung auf dessen Verhalten als Kriegsgefangener der Deutschen] genügte ihm, und er unterzeichnete. Hat er sich denn aber jemals geweigert, zu unterzeichnen? Man legte ihm den Artikel 7 vor, und er unterschrieb ihn. Die Dekrete zur Vertreibung der religiösen Genossenschaften, das Atheistengesetz, die Amnestie, die uns Mörder und Brandstifter ins Land zurückbrachte — er unterschrieb sie alle. Die ungesetzliche Absetzung der Prinzen wurde bei ihm beantragt, und wieder setzte er seinen Namen darunter. Er, ein alter Rechtsanwalt, gestattete, daß die Richterbank unter seiner Regierung in Stücke zerbach. Er, ein geiziger Gutsbesitzer, erlaubte, daß Grundeigentum der geheiligtesten Art bestritten wurde, ohne daß er bedacht hätte, daß die Dekrete einmal sich gegen ihn selbst wenden könnten. Und wie verfuhr er jetzt? Mit jakobinischer Brutalität. Für Thibaudin und seine Genossen sind die Prinzen nichts als die Herren von Orleans, man verfolgt sie einzig und allein, weil sie Prinzen sind, und in Zukunft wird nur noch Raum für Leute sein, die ihr Ehrenwort gebrochen haben. . . Die Republik erweitert, indem sie die Bürger eines Landes, wo Gleichheit herrschen soll, in Kategorien teilt, jeden Tag den Kreis der Interessen, welche verletzt werden können. Richter, öffentliche Beamte, Sachwalter, Priester, Bischöfe, Rentenbesitzer, Aktionäre, alle empfinden, daß sie auf unsichern Füßen stehen, und zu diesen Klassen treten jetzt die dreißigtausend Offiziere der französischen Armee, die fortan den tyrannischen Launen eines Thibaudin preisgegeben sein werden. Nach diesem letzten Streiche werden diese Leute alles wagen. Ein hervorragender Politiker sagte neulich: Nicht, was geschieht, überrascht mich, sondern, das was nicht geschieht.“

Es ist die übertreibende Art des Parteigeistes, die hier spricht, aber durch die Übertreibung leuchtet doch ein gutes Teil Wahrheit hindurch. Die ganze Politik des Präsidenten Grévy und seiner Räte war in dieser Frage eine Politik der Mißgriffe, die an das englische Sprichwort erinnert: Er schießt nach der Taube, und herunter kommt die Krähe. „Prinz Napoleon,“ sagt der Daily Telegraph, „war die Taube, welche die französische Regierung gern geschossen hätte, aber das Wild war so unbedeutend und ungefährlich, daß das ornithologische Bild in diesem Falle ein wenig anders gewendet werden könnte. Wir könnten mit dem Präsidenten Andrew Johnson fragen, der, zum Vorgehen gegen einen politischen Gegner aufgefordert, zur Antwort gab: „Ruht es denn etwas, auf tote Enten zu schießen?“ Der Prinz Jerome Napoleon ist schon seit mehreren Jahren politisch tot. Er leidet unter dem dreifachen Mißgeschick, der Sohn eines Vaters zu sein, der allgemein für den Taugenichts unter den Söhnen der Letitia Ranolini galt, von seinem Vetter Napoleon III. stets mit Mißtrauen betrachtet und häufig wegen seiner politischen Verirrungen getadelt worden zu sein und als Prätendent die unbehagliche Stellung eines Mannes einzunehmen, an dessen politisches Bekenntnis keine Partei recht zu glauben

vermag. Selbst in den glänzenden Tagen, wo er das Palais Royal bewohnte, war er in Frankreich nicht beliebt. Das italienische Volk verhielt sich gleichgiltig gegen ihn, obwohl er der Schwiegersohn eines der beliebtesten Monarchen auf dem Festlande war, und ehe er die Pariser durch einen Staatsstreich mit Druckerschwärze und Kleister überraschte und amüsirte, war es ihm gelungen, sich so ziemlich in Vergessenheit zu bringen. Indem ihm die französische Regierung in die Conciiergeerie steckte und wegen eines abgeschmackten Manifestes einen Prozeß gegen ihn anstrebte, der mißglücken mußte, verschaffte sie ihm genau, was er sich wünschte, ein bißchen wohlfeile Reklame, die sich aber bald wieder in nichts verflüchtigte. Die dem Prinzen zuge dachte Schrotladung verfehlte ihn, die Taube flog davon, mit beschmutztem Gefieder zwar, aber mit heiler Haut. Indes hat jede Kugel ihr Ziel, und so ist auch der republikanische Schrottschuß nicht ganz und gar vergeblich verpufft worden: statt der bonapartistischen Taube hat man die orleanistische Krähe erlegt. Die wütenden Verbannungsbefehle, welche die radikale Linke der Deputirtenkammer im Auge hatte, wurden von dem Gerechtigkeits Sinn und dem gesunden Menschenverstande des Senats verworfen, aber ein Ziel, das dem Herzen der extremen Republikaner Frankreichs teuer war, ist doch erreicht worden: man hat den orleanistischen Prinzen die Möglichkeit benommen, fürderhin französische Soldaten zu befehligen.“

So sehen wir denn in der Angelegenheit einen Prinzen, der sich selbst als Prätendenten hinstellt, vollkommen straflos bleiben und in eine Lage kommen, wo er sich, falls er Genossen von Einfluß findet, weiter Verschwörungen betreiben kann, während andererseits ein vollkommen unverdienter militärischer Ostracismus über drei Prinzen verhängt worden ist, die sich, so viel man weiß, niemals auf Verschwörungen eingelassen haben, und die ihre Lage moralisch außer Stand setzt, als Prätendenten aufzutreten. Das Haupt der Familie Orleans ist der Graf von Paris, der aber den höhern Rechtsanspruch der ältern Linie der Bourbonen auf den französischen Thron deutlich und rückhaltlos anerkannt hat, sodaß bis zum Tode des Grafen Chambord der älteste Sohn Ludwig Philipps nicht daran denken kann, als Erbe der Krone aufzutreten, vorausgesetzt, daß die Monarchie in Frankreich sich von den Toten erwecken läßt. Diese Voraussetzung aber hat die französischen Republikaner offenbar erfüllt und wie ein Spuk, wie eine furchtbare Vision geängstigt. Sie sahen da im Geiste, wie ein Sägeroberst und ein Artilleriehauptmann die unter ihrem Befehl stehenden Truppen so bearbeiteten, daß daraus ein Militäraufstand nach Art der spanischen Pronunciamientos sich entwickelte, infolge dessen der Herzog d'Almale zum Generalleutnant oder Verweser des Königreichs gewählt wurde, was wieder nur der erste Schritt zur Thronbesteigung König Heinrich des Fünften war, von dem dann der Graf von Paris die Krone erbt.

Im Herbst 1814 und im Frühjahr 1815 verfuhrten die zum Sturze der Bourbonen verschworenen Imperialisten anders. Damals war jeder auf Halb-

sold gesetzte Offizier, ja mit Ausnahme der Garde jeder Korporal des aktiven Heeres als Agent für die Wiedereinsetzung Napoleons thätig. In den Trommeln der Regimenter hielt man dreifarbigte Kokarden versteckt, Massen entlassener Soldaten bearbeiteten die untern Volksklassen, allenthalben zirkulirte das Beilichen, die Lieblingsblume der Bonapartes, und man hörte die baldige Rückkehr Monsieur Violets in allen Schenken und Kaffeehäusern prophezeien, bis sie endlich in Wirklichkeit erfolgte. Auch nach dem Tage von Waterloo und der zweiten Restauration der Bourbonen gab es in der französischen Armee noch zahlreiche Verschwörungen für die Tricolore und gegen die weiße Fahne der Legitimität, und als 1848 die Dynastie der Orleans fiel, nahm der Prinz Ludwig Napoleon den inzwischen sehr verwirren, aber doch nicht ganz zerrissenen Faden mit geschickter Hand wieder auf und zwar mit großem Erfolg, denn in Folge der unklugen Politik Ludwig Philipps war die napoleonische Legende nicht nur nicht verschwunden, sondern zu kräftigerem Leben gelangt.

Der sonst recht schlaue König schmeichelte sich, wirklich zu sein, was seine Höflinge ihm einredeten, der „Napoleon des Friedens,“ und bildete sich ein, seine Unterthanen würden ihn in seiner friedlichen Praxis unterstützen, während er sie ermutigte, in der Theorie die Idee des kriegerischen Napoleon zu bewundern. Die Überführung der Gebeine des großen Friedensstörers von St. Helena nach Frankreich, deren feierliche Beisetzung im Dome der Invaliden, die Duldung bonapartistischer Schriften, Bilder und Dramen, alles erhielt die Legende des Siegers von Marengo und Austerlitz am Leben, und so kann man behaupten, daß Ludwig Philipp, indem er die still glimmende Flamme des Cäsarismus nährte, praktisch ein schlimmerer Verschwörer gegen sich selbst war als die parlamentarische Opposition, deren Hauptziele die Entfernung Guizots aus dem Amte und eine Reform des Wahlgesetzes waren, die aber im Streben nach diesen Zielen den Dämon der französischen Demokratie weckte, und von der Beredsamkeit Lamartines, Aragos und Ledru-Rollins bis zum Wahnsinn aufgestachelt, zuletzt nicht nur den verhassten Minister, sondern auch die Julimonarchie zum Scheitern brachte. Vorher war der Sohn Philippe Egalités vielen als ein sehr glücklicher Fürst erschienen. Er hatte den Kopf auf den Schultern behalten, als sein Vater den seinen verlor, er hatte, nachdem er in der Verbannung sich als Lehrer der Mathematik an einer Schule in der Schweiz notdürftig das Leben gefristet, als gekrönter Börsenspekulant großen Reichtum erworben, er hatte den legitimen König von Frankreich vom Throne gestoßen und dann an dessen Stelle im ganzen mit Mäßigung und Klugheit regiert, sodaß Frankreich unter ihm glücklich und dem Anschein nach zufrieden war. Er war endlich der Vater einer zahlreichen Familie, deren männliche Mitglieder sich im Felde wie in den Künsten des Friedens auszeichneten, und es war ihm gelungen, den Herzögen von Orleans, Nemours, Nemours, Nemours und Joinville eine glänzende Laufbahn zu eröffnen, ohne sich in Verwicklungen mit den europäischen

Großmächten zu stürzen. In der Thronrede vom 29. Dezember 1847 konnte er noch sagen: „Lassen Sie uns nach den Grundsätzen der Charte alle öffentlichen Freiheiten aufrecht erhalten und weiter entwickeln. Damit werden Wir auf die uns folgenden Geschlechter das Vertrauen übertragen, das Uns zu Teil geworden ist, und sie werden Uns segnen, daß Wir das Gebäude gründeten und verteidigten, unter dessen Dache sie frei und glücklich leben werden.“ Fürwahr, ein glücklicher König und ein beglücktes Volk! Aber sieben Wochen nach dieser Ansprache lagen alle diese schönen Dinge, diese stolzen Hoffnungen im Staube. Das Gebäude, unter dessen Dache zukünftige Generationen frei und glücklich leben sollten, war wie ein Kartenhaus zusammengefallen, der „Napoleon des Friedens“ unter dem Pseudonym „Mr. Smith“ nach England entflohen und Frankreich eine Republik geworden.

Auch die Kinder Ludwig Philipps sind vom Unglück verfolgt worden. Geld und Gut zwar besitzen sie in Fülle, auch ist ihnen eine gewisse kühle Achtung nicht versagt worden. Sie sind ehrenwerte Soldaten, Gelehrte und Künstler. Aber politisch scheinen sie immer vom Meide der Götter verfolgt, und der letzte Schlag, der sie in diesen Tagen traf, ist eine düstere Erinnerung an das erste Unglück, welches die Laufbahn des Gründers der Dynastie verdunkelte. Wäre nicht ein gewisser Unfall mit einem über die Champs Elysées fahrenden Wagen passiert, so würde der Gang der konstitutionellen Monarchie in Frankreich höchst wahrscheinlich keinen Augenblick unterbrochen worden sein, und der Herzog von Orleans, der tapfere, begabte und allgemein beliebte Sohn Ludwig Philipps, wäre jetzt König der Franzosen. Aber das Unglück, ein Verwandter der Nemesis, wollte es anders.

Aber kehren wir nach dieser Abschweifung zu dem Ministerium Ferry zurück. Dasselbe hat — beiläufig wie viele seiner Vorgänger — seine Amtsführung unter glücklichen Sternen begonnen. Die Auseinandersetzung der Politik, die es zu befolgen gedenkt, ist von der großen Mehrzahl der Zeitungen günstig beurteilt worden. Die Journale namentlich, welche Gambettas Meinung vertraten, erteilten ihr einstimmig große Lobspprüche, und kaum weniger Anerkennung spendeten ihr die Blätter der gemäßigten republikanischen Partei. Nur die der äußersten Linken fanden sie „zu autoritativ“, und die der äußersten Rechten hatten sowohl an ihrem Stil als an ihrem Inhalte zu mäkeln. So z. B. der orleanistische Français, welcher sagt: „Casimir Périer sprach in einem andern Tone, und Guizot und Thiers schrieben einen bessern Stil.“ Dagegen prophezeit das Parlament, ein Organ des linken Zentrums, von der ministeriellen Erklärung: „Sie wird vom Lande günstig aufgenommen werden,“ das Siedele meint: „Das Kabinett vom 22. Februar tritt sein Amt unter vielverheißenden Auspizien an,“ und die République Française bemerkt: „Die Erklärung ist ganz, was sie sein soll, nämlich fest, klar, bündig, ohne Ehrgeiz, sondern sehr praktisch.“

Auch in der Deputirtenkammer hatte sich das neue Kabinet guter Erfolge zu erfreuen, indem es an einem Tage viermal eine starke Mehrheit von Stimmen für sich hatte. Die republikanischen Gruppen stimmten geschlossen für das Ministerium und gaben ihm damit ihr Vertrauen zu erkennen; während die Gegner über nicht viel mehr als hundert Stimmen verfügten, erklärten sich 395 für die Regierung. Somit steht es fest, daß die Kammer in ihrer gegenwärtigen Gemüthsverfassung entschlossen ist, die Politiker zu unterstützen, die an das Staatsruder Frankreichs getreten sind. Der Akt der Exekutivgewalt, der die Prinzen des Hauses Orleans von ihren Posten im Staatsdienste entfernt, wird von einer großen Majorität in der Landesvertretung durchaus gutgeheißen, und dieselbe Majorität sieht den weitem Schritten der Regierung für jetzt mit vollem Vertrauen entgegen. Kurz, die Minister haben ihr Werk mit einem Triumph über ihre Gegner begonnen, aber es ist abzuwarten, wie sie die dornigen innern und auswärtigen Fragen, die der Lösung entgegenstehen, behandeln werden.

Was die innern Fragen anlangt, so wird das Kabinet Ferry die von den Radikalen und den Gambettisten gewünschte Revision der Verfassung aller Wahrscheinlichkeit zufolge nicht so bald auf die Tagesordnung setzen. Die Mehrheit der Minister ist einer gewissen Umbildung der Konstitution allerdings keineswegs grundsätzlich abgeneigt, wohl aber meinen die betreffenden Herren, daß der Augenblick sich zur Beschäftigung mit einer Frage von so hoher Wichtigkeit nicht eigne. Wie die Dinge gegenwärtig liegen, würde von ihr der Senat am unmittelbarsten berührt werden, und es leidet kaum einen Zweifel, daß derselbe jeden Vorschlag, der auf Beschränkung und Untergrabung seines Einflusses gerichtet wäre, sofort mit großer Mehrheit zurückweisen würde. Unter diesen Umständen kann man nicht wohl annehmen, daß ein Kabinet, dessen Hauptaufgabe darin besteht, Ordnung in eine fast chaotische Lage zu bringen, sich leichten Herzens auf irgendwelche Unternehmungen einlassen wird, welche unausbleiblich einen Konflikt herbeiführen würden, dessen Vermeidung im Interesse aller Wohlgefinnten und Verständigen liegt. Andererseits deuten Blätter, welche dem Ministerium wohlwollen und ihm ein langes Leben wünschen, an, daß es nicht abgeneigt sein werde, noch vor dem Jahre 1885, wo die gegenwärtige Kammer eines natürlichen Todes sterben wird, eine ruhige und maßvolle Besprechung der Revisionsfrage zu veranlassen.

In Betreff der auswärtigen Fragen sagt die ministerielle Erklärung, die auswärtige Politik der Regierung könne, wie seit zwölf Jahren, nur eine friedliche sein. Der Staat bedürfe in erster Linie Frieden, und auf dasselbe Ziel richte sich das ernste Streben der Demokratie. Indes sei eine friedfertige Politik noch keineswegs eine Politik der Unthätigkeit. „Überall, so heißt es weiter, wo unsre Interessen und unsre Ehre engagirt sind, wollen und müssen wir für Frankreich den Rang behaupten, welcher ihm gebührt. Gerade um unserm Vaterlande moralisches Ansehen und Vertrauen unter den Völkern zu verschaffen,

ist es von großer Wichtigkeit, Europa das Schauspiel einer Regierung zu geben, die auch über den nächsten Tag hinaus gesichert ist, das Schauspiel einer starken Verwaltung, die Achtung genießt, das Schauspiel einer parlamentarischen Republik, die sich auf jene drei Dinge stützt, welche wesentliche Eigenschaften des französischen Volkes sind: auf gesunden Menschenverstand, Arbeitslust und Liebe zum Fortschritt.“

Man kann aus diesen Sätzen nicht viel schließen. Aber der Ton ist in der That friedlich, und wenn die englische Presse den neuen Minister des Auswärtigen abenteuerlustig genannt und angedeutet hat, er könne auf kriegerische Unternehmungen von Bedeutung finnen, so teilt man in den Kreisen der deutschen Regierung diese Meinung nicht. Herr Challemel-Lacour mag für seine Person recht geneigt sein, da oder dort einen Streit zu beginnen, aber die persönliche Auffassung und Absicht eines Ministers giebt im heutigen Frankreich nicht den Grundton für das an, was in der Praxis geschieht. Die Politik Frankreichs ist gegenwärtig notwendig eine friedliche und wird allem Anscheine nach noch lange eine solche bleiben. Wollte der Minister des Auswärtigen andre Wege einschlagen, so würde er die große Mehrheit seiner Kollegen und den Präsidenten gegen sich haben und zu Falle kommen. Es würde bei einem Versuche bleiben, die französische Politik in andre Bahnen zu lenken; denn hinter der Mehrheit der Minister und Herrn Grévy stünde in solchem Falle nicht bloß die Mehrheit der gesetzgebenden Gewalten, sondern die bei weitem größere Hälfte des ganzen französischen Volkes. Das hat Gambetta erfahren, der sich doch eines bedeutenderen Ansehens und Einflusses erfreute, als seine jetzt ans Ruder gelangten Epigonen. Daß Grévy durchaus friedfertig gesinnt ist, steht fest. Erst vor wenigen Tagen äußerte der Präsident der Republik gegenüber „dem Vertreter einer fremden Macht“ (wir glauben, es war der Botschafter Osterreich-Ungarns) sich sehr entschieden dahin, zwar drängten Notwendigkeiten der innern Lage die Regierung zu Maßregeln, welche, soweit es sich dabei um Personen handle, ihn selbst schmerzlich berührten, aber solange er den Präsidentenstuhl innehabe, werde kein Ministerium, gleichviel welchen Namen es trage und wie es zusammengesetzt sei, an der auswärtigen Politik rütteln dürfen, die er als Grundlage der Haltung Frankreichs ehrlich angenommen habe und zu jeder Zeit ehrlich zur Geltung zu bringen entschlossen sei.

So der Präsident, und wir glauben ihm und sind überzeugt, daß er auch die Macht besitzen würde, etwaige kriegerische Velleitäten des einen oder des andern seiner Räte schon im Anfang ihrer Verwirklichung zu vereiteln. Wir sind aber zugleich ziemlich sicher, daß solche Velleitäten bei keinem der neuen französischen Minister existiren, also auch bei Herrn Challemel-Lacour nicht. Dies wird namentlich in Betreff Englands auch durch Thatfachen ausgeschlossen. Ein Londoner Blatt hatte die Nachricht gebracht, Challemel-Lacour habe Tiffot, dem französischen Gesandten in England, Weisungen zukommen lassen, welche

mit denen, die Duclerc ihm erteilt, im Widerspruche stünden. Der Temps stellt das in Abrede, indem er hinzufügt, seit dem Abbruche der Unterhandlungen, die zwischen Frankreich und England in Betreff der ägyptischen Angelegenheit stattgefunden, und seit der Erklärung Duclercs, daß Frankreich die Freiheit seiner Aktion wieder aufnehme, sei zwischen Tissot und Lord Granville keinerlei Erörterung in Betreff Ägyptens wieder vorgekommen. Ferner gehört hierher die Nachricht, daß Gladstone in der Unterredung, die er am 27. vorigen Monats bei seiner Durchreise durch Paris mit Grévy und Challemel-Lacour hatte, den Wunsch an den Tag legte, der gegenwärtigen Spannung zwischen England und Frankreich ein Ende zu machen. Man glaubt, daß der Beginn neuer Unterhandlungen betreffs der ägyptischen Frage nahe bevorsteht, und zwar würden sich dieselben nicht, wie bisher, auf der Grundlage eines Condominiums bewegen, sondern sich um ein neues Arrangement drehen, welches Frankreich eine günstigere Stellung als bisher einräumen solle.

Die friedfertige Gesinnung des neuen französischen Ministeriums dürfte eine kräftige Verfolgung der Kolonialpolitik, die wir neulich besprachen, nicht ausschließen. Zunächst wird man die Congofrage zu lösen versuchen. Im französischen Parlament ist ein Gesetzentwurf eingebracht worden, der Herrn de Brazza mit einem recht stattlichen Arsenal von Waffen zu seiner Expedition im Congothale versehen soll. Geht die Maßregel, für welche die Dringlichkeit beansprucht wurde, durch, so wird derselbe mit 108 000 Perkussionsgewehren, 20 000 Säbeln, 2000 Zentnern Schießpulver, 10 Millionen Zündhütchen, 200 Zelten und 1000 Äzten ausgestattet werden und über eine ganze Kompagnie algerischer Scharfschützen verfügen. Ein englisches Blatt bemerkt dazu: „Es liegt auf der Hand, daß die französische Regierung sich entschlossen hat, dem sogenannten »Vertrage,« den König Makoko und Brazza unterzeichnet haben, um jeden Preis Achtung zu verschaffen. Hat die Regierung wohl die wahrscheinlichen Folgen einer militärischen Invasion reiflich erwogen, die mit einer Katastrophe enden kann und unausbleiblich den Fortschritt der Zivilisation und des Handels in dem erst kürzlich dem europäischen Einfluß eröffneten Lande verzögern wird?“ Wir können die sittliche Entrüstung, die sich hierin ausspricht, nicht teilen. Oder ist England etwa allein befugt, seiner Industrie und seinem Handel neue Absatzquellen zu erobern? Und steht ihm etwa die Verbreitung von Zivilisation in Afrika oder irgendwo sonst in erster Linie? Wer wollte das behaupten?

